

## 2. Kapitel    **Kernbereiche des Energierechts**

### **V. Recht der Erneuerbaren Energien**

#### **2. Recht- und Verfassungsmäßigkeit des EEG.**

(...)

**b) Verfassungsrecht.** Auch aus verfassungsrechtlicher Sicht wurde diskutiert, ob die Einspeisevergütung mit den **Grundrechten** der Berufsfreiheit, der Eigentumsfreiheit oder dem Gleichbehandlungsgrundsatz vereinbar ist.

In den Schutzbereich der **Berufsfreiheit** fällt neben der Dispositions- und Investitionsfreiheit auch das Recht, Verträge frei zu gestalten und Preise frei zu wählen. Das EEG verpflichtet den Netzbetreiber zur Abnahme und zur Vergütung eines festen Betrages und greift damit in das Grundrecht ein. Fraglich ist daher, ob der Eingriff auch verfassungsrechtlich gerechtfertigt ist. Das BVerfG beurteilt die verfassungsrechtliche Rechtfertigung von Eingriffen in die Berufsfreiheit, also die Rechtsgüterabwägung unter Berücksichtigung der Grundrechtsschranken im Rahmen von Art. 12 GG, nach den Grundsätzen der **Drei-Stufen-Theorie**. Die geringsten Anforderungen werden an subjektive Berufsausübungsregelungen gestellt. Einen etwas höheren Maßstab legt das Bundesverfassungsgericht bei objektiven Berufsausübungsregelungen an. Die strengsten Anforderungen stellt das Gericht bei Beschränkungen objektiver Zugangsvoraussetzungen. Hier lässt sich ein Eingriff verfassungsrechtlich nur rechtfertigen, wenn er zu Abwendung einer schweren Gefahr für ein überragend wichtiges Gemeinschaftsgut notwendig ist.

Nach h.M. (ausführlich zum Ganzen auch: Theobald/Theobald: Energiewirtschaftsrecht Seite 466 m.w.N.) greift die Abnahmeverpflichtung in die Berufsausübungsfreiheit mit dem Ziel ein, das Klima und die Umwelt zu schützen. Das lässt sich verfassungsrechtlich rechtfertigen, weil Klima- und Umweltschutz ihrerseits als Rechtsgüter von Art. 20a GG geschützt werden. Gegeneinander abzuwägen sind also der Förderzweck des

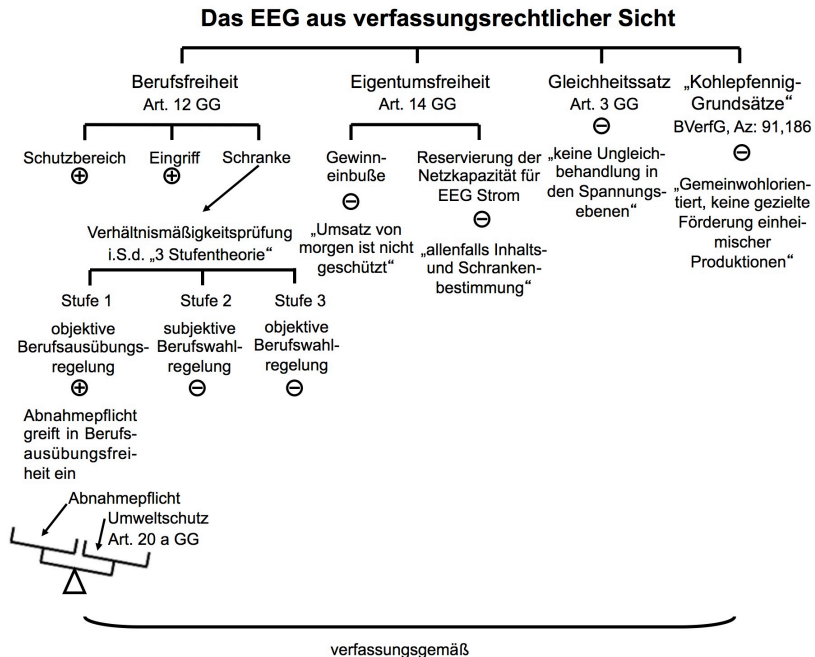
EEG auf der einen Seite der Waagschale gegen die Abnahmeverpflichtung zu Lasten der Netzbetreiber auf der anderen Seite der Waagschale. Zwar handelt es sich bei Art. 20a GG nicht um ein Grundrecht, sondern um eine sog. Staatszielbestimmung. Faktisch ist diese Staatszielbestimmung jedoch in den Status eines nahezu grundrechtsgleichen Rechts gerückt. Insbesondere, weil die Netzbetreiber die an die Anlagenbetreiber gezahlte Vergütung ihrerseits weitergeben können, ist der Eingriff in die Berufsausübungsfreiheit hier verhältnismäßig (so auch: Theobald/Theobald: Energiewirtschaftsrecht Seite 466 m.w.N.), Art. 12 GG also nicht verletzt.

Auch Art. 14 GG ist im Ergebnis nicht verletzt. Art. 14 GG garantiert einerseits die objektive Wertentscheidung des Gesetzgebers zur privaten Eigentumsordnung, die sog. **Einrichtungsgarantie**. Zum anderen werden die in der privaten Eigentumsordnung erworbenen Individualrechte des anderen geschützt (Bestandsgarantie). Art. 14 GG schützt also das Erworbene. Art. 14 schützt aber nicht den „Umsatz von morgen“ (dazu: Theobald/Theobald: Energiewirtschaftsrecht Seite 467 m.w.N.). Ein Eingriff in Art. 14 GG wäre allerdings dann denkbar, wenn der Netzbetreiber durch seine Abnahme- und Vergütungsverpflichtungen und in seiner Existenz massiv behindert würde. Diskutiert wurde darüber hinaus eine etwaige Verletzung von Art. 14 GG aus dem Umstand, dass Netzbetreiber u.a. aus § 5 EEG faktisch verpflichtet werden, einen Teil ihrer Netzkapazität für EEG Strom zu reservieren.

Zu einer Grundrechtsverletzung käme man allerdings dann, wenn man diese Regelung zum einen als **enteignungsgleichen Eingriff** begreift und zum anderen davon ausgeht, dass Art. 14 GG vor derartigen Eingriffen unmittelbar oder mittelbar schützt; beides ist umstritten. Die wohl h.M. (Theobald/Theobald: Energiewirtschaftsrecht Seite 468, m.w.N.) begreift die „Reservierungspflicht“ als verfassungsgemäße Inhalts- und Schrankenbestimmung i.S.d. Art. 14 Abs. 1 GG und begründet dies damit, dass durch die Reservierung keine Rechtsposition entzogen, sondern die Eigentumszuordnung nur neu geregelt werde.

Auch Art. 3 GG ist nach herrschendem Verständnis nicht verletzt. Der **Gleichheitssatz** ist kein Abwehrrecht gegen den Staat, sondern enthält vereinfacht gesagt das Gebot, dass der Staat, wenn er begünstigend oder belastend tätig wird, nicht willkürlich handeln darf. So verbietet Art. 3 GG „wesentliches Gleiches willkürlich ungleich“ und „wesentliches Ungleiches willkürlich gleich“ zu behandeln. Eine Ungleichbehandlung der

Netzbetreiber in der jeweiligen Spannungsebene wird man verneinen müssen, weil die Netzbetreiber zum einen grundsätzlich gleich behandelt werden und ihnen zum anderen ein einheitlicher Anspruch auf Erstattung gezahlter Vergütungen zusteht. Durch diesen Teil des Ausgleichsmechanismus werden Ungleichbehandlungen weitestgehend vermieden.



Auch die vom Bundesverfassungsgericht am 11.10.1994, BVerfGE 91, 186, aufgestellten Grundsätze zur Verfassungswidrigkeit des Kohlepfennigs lassen sich nach überwiegendem Verständnis hier nicht übertragen (so: Theobald/Theobald: Energiewirtschaftsrecht Seite 469). Selbst wenn man einmal unterstellt, mit der EEG-Umlage werde ein Sonderfond zum Ausgleich der Differenzbeträge zwischen an der Börse vermarktetem EEG-Strom und der an die EEG-Anlagenbetreiber gezahlten Vergütung finanziert, wird ein am Gemeinwohl orientiertes und damit zulässiges Ziel verfolgt, nämlich die Förderung umweltverträglicher Energien. Beim **Kohlepfennig** sei dies anders gewesen, der habe der Förderung einheimischer Stahlkohleproduktion, damit also der gezielten Förderung einzelner Regionen in Deutschland gedient. Die Gegenseite meint u.a., darauf komme es nicht an, jedenfalls die über den neuen Ausgleichsmechanis-

mus erhobene EEG-Umlage sei als verfassungswidrige Sonderabgabe zu qualifizieren, stehe also dem Bundeshaushalt zu und sei deshalb "haushaltsflüchtig". Begründet wird dies u.a. damit, dass die umweltfreundliche Stromerzeugung eine Gemeinwohlaufgabe sei und daher steuerfinanziert werden müsse (Pressemitteilung des Gesamtverbandes der deutschen Textil- und Modeindustrie e.V. vom 5.3.2012, die das bislang unveröffentlichte Rechtsgutachten in Auftrag gegeben hatte).